

Alternative Ideen zur Weiterentwicklung

Vermögensbildung zur Sicherung der Altersvorsorge

Volker Ullrich

Die Sicherung des Lebensstandards im Alter und eine auskömmliche Rente gehören zu den Grundversprechen der sozialen Marktwirtschaft. Das ist eine Frage des Respekts und der Würdigung von Lebensleistung. Kernelement dessen ist und bleibt die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung. Sie hat in den nächsten Jahren große Herausforderungen zu meistern. Dazu gehören die demografische Entwicklung und der Rückgang der Produktivität. Eine Ergänzung der umlagefinanzierten Rente durch Vermögensbildung würde diese nicht nur stabilisieren, sondern auch im Sinne der christlich-sozialen Politik zur Stärkung des Einzelnen beitragen.

Neben der traditionellen umlagefinanzierten Rente seitens des Staates gibt es heute schon eine Vielzahl an alternativen Produkten, mit denen sich die eigene Altersvorsorge diversifizieren und ergänzen lässt. Je nach Lebenssituation und Präferenz können Erwerbstätige diese Produkte sogar miteinander kombinieren.

Einordnung bestehender Alternativprodukte

Die wichtigsten Säulen davon sind ohne Frage die private Altersvorsorge und die betriebliche Altersvorsorge (bAV). Dazu gehören beispielsweise die eigene Kapitallebensversicherung oder Direktversicherun-

gen und Pensionskassen über die Arbeitgeber. Ebenfalls noch erwähnenswert sind staatlich geförderte Programme wie die Riester- oder Rürup-Rente. Allerdings gelten gerade Modelle wie die Riester- oder Rürup-Rente für die breite Masse der Bevölkerung inzwischen eher als gescheiterte Versuche.

Sie taugen zumeist nur für die gutverdienenden Bevölkerungsschichten und sind insgesamt zu wenig lukrativ. Nicht nur die Transaktionskosten sind zum Beispiel beim „Riestern“ schlichtweg zu hoch. Viele Experten halten die Riester-Rente insgesamt für zu wenig ertragreich und zu teuer. Darauf weisen Rentenstatistiken hin.¹ Hinzu kommt der Aspekt, dass

immer noch viele Deutsche aktuell wenig bis gar kein Vermögen besitzen. Laut Berechnungen der Deutschen Bundesbank und im Median betrachtet sind 10 Prozent sogar verschuldet, sprich vermögenslos. 30 Prozent besitzen ein Nettovermögen von nicht mehr als 18.800 Euro. Nur 50 Prozent haben ein Nettovermögen von 106.600 Euro oder mehr angespart beziehungsweise geerbt.² Unterm Strich braucht es also dringend neue und lohnendere Alternativen zur Ergänzung der staatlichen Rente.

Private Aktienrente als Idee für einen neuen Lösungsansatz

Dass sich diese Aufgabe erfolgreich lösen lässt, zeigen Beispiele aus den Vereinigten Staaten und anderen Ländern. Sicherlich sind diese Ansätze an die Bedürfnisse in Deutschland anzupassen, um sie zum Erfolg zu führen. Das ist aber nur eine Sache der Umsetzung und des politischen Willens. Allen voran lohnt sich in dieser Hinsicht die Akzeptanz von Fakten, die unumstößlich sind: Deutschlands Bevölkerung macht nur etwas mehr als ein Prozent der Weltbevölkerung aus. Andere Volkswirtschaften wachsen seit Jahren deutlich und dauerhaft stärker als unsere Volkswirtschaft. Dieses Wachstumspotenzial der Weltwirtschaft lässt sich auch zur Ergänzung unserer Altersvorsorge nutzen. Ein neues Ergänzungsinstrument in der privaten Altersvorsorge hierzulande könnte deshalb beispielsweise darauf ausgerichtet sein, genau dieses Potenzial zu heben. Die Rede ist von einem Produkt, das in den USA bereits seit ein paar Jahren als 401k-Plan³ bekannt ist – die private Aktienrente.

Dabei handelt es sich um eine rein private Altersvorsorge, bei der Arbeitnehmer freiwillig einen Teil ihres monatlichen Einkommens auf ein gesondertes Konto einzahlen und dafür einen individuellen Vertrag mit einem Investmentunternehmen schließen. Das Geld geht direkt vom Lohnzettel des Erwerbstätigen ab und fließt in verschiedene Anlagestrategien am Kapitalmarkt – sprich in Aktien-, Misch- oder Rentenfonds. Das Investment wird für den Ansparzeitraum samt Zinsen weder versteuert noch anderweitig durch Abgaben belastet. Bei Jobwechsel geht das Kapital steuerfrei mit seinem Besitzer mit und kann bei Todesfall sogar vererbt werden. Erst bei Auszahlung, die frühestens ab 55 Jahren möglich ist, unterliegen die Einnahmen dann der Einkommenssteuer, die gerne

auch vergünstigt sein darf. Da könnte Deutschland sogar einen Sonderweg einschlagen, der deutsche Sparer besonders entlastet. Das würde die Attraktivität des Produkts maßgeblich noch erhöhen, denn es steigert die Möglichkeit, mehr Vermögen für den Ruhestand aufzubauen. Das Ergebnis davon – mehr Einkünfte im Alter – leuchtet jedem Sparer sofort ein.

Die Vorteile einer privaten Aktienrente liegen auf der Hand und sind vielfältig. Sie funktioniert für jeden Erwerbstätigen – Arbeitnehmer wie Selbstständige gleichermaßen – und kann selbstständig verwaltet werden. Die privaten Anleger haben die volle Kontrolle und Transparenz über ihre Investitionen. Nur sie entscheiden, welche Aktien, Fonds oder ETFs (Exchange Traded Funds) sie kaufen. Die private Aktienrente ist flexibel und erlaubt eine individuelle Anpassung der Strategie an persönliche Präferenzen, Risikobereitschaft und Markteinschätzungen. Sie ermöglicht also eine breite Streuung über verschiedene Branchen, Länder und Unternehmen, was das Risiko von Fehlentwicklungen senkt.

Die private Aktienrente ist transparent und ermöglicht einen genauen Blick auf den Wert der eigenen Anlage und deren Entwicklung. Die Anleger können den Kapitalwert ihrer Vorsorge jederzeit bemessen. Sie ist sogar vererbbar, also ein echter persönlicher Vermögensgegenstand. Die private Aktienrente bietet langfristig höhere Renditechancen als jede fest verzinsliche Anlage. Sie beteiligt den deutschen Sparer direkt an der globalen Wertsteigerung. Sie bietet einen gewissen Schutz gegen Inflation, da die Unternehmen, in die investiert wird, in der Regel in der Lage sind, ihre Preise entsprechend der Inflationsrate anzupassen.

Wenn der Staat einen Teilbereich der staatlichen Rentenabgaben der Einzahler dafür freimacht, entsteht den Sparern zudem keine finanzielle Mehrbelastung für diese Art des Vermögensaufbaus. Durch eine attraktive Besteuerung und hohe Freibeträge werden solche Anlageformen noch attraktiver. Private Aktienrenten sind unabhängig von politischen Entscheidungen oder Änderungen des Rentensystems. Sie können nicht durch den Staat zweckentfremdet werden, denn sie befinden sich direkt im Besitz des Sparernden. Wichtig bei all diesen Modellen ist: Der Staat muss sich bei der Besteuerung zurückhalten. Sowohl bei der Ansparphase als auch wenn es um die Verwertung des Ersparten geht.

Weitere Faktoren beeinflussen privaten Vermögensaufbau

Insgesamt sind junge wie ältere Menschen in Deutschland sehr wohl bereit zu sparen, doch stehen sie oft vor finanziellen und administrativen Herausforderungen, die ihre Spargewohnheiten negativ beeinflussen. Einige, besonders jüngere Erwachsene nutzen neben traditionellen Sparformen wie Sparkonten bereits modernere Optionen wie ETFs oder Robo-Advisor, um für die Zukunft vorzusorgen. Gerade junge Sparer agieren dabei technologieaffiner. Die allgemeine Bereitschaft, sich noch intensiver mit den Themen Altersvorsorge, Finanzen und Vermögensaufbau zu beschäftigen, nimmt generell zu.

Wie begeistert Deutsche heute schon sparen, belegen Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Mit einer durchschnittlichen Sparquote von saisonbereinigt 10,8 Prozent im zweiten Quartal 2024 gehören die deutschen Sparer quantitativ zu Europas Spitzenreitern.⁴ Die Sparbereitschaft hierzulande kann man nicht anders als herausragend unter den gegebenen Umständen bezeichnen. Die gesamte Sparsumme der privaten Haushalte in Deutschland betrug im Jahr 2023 rund 256,5 Mrd. Euro.⁵ Dennoch wäre noch viel mehr möglich. Verschiedene Experten bemängeln immer wieder konkret die Hürden, die ein noch erfolgreicherer Vorsorgen und Sparen in Deutschland behindern.

So sparen laut Aussagen der Commerzbank „Anlagestudie 2024“ zwar 70 Prozent der Menschen in Deutschland, aber lediglich ein Viertel erledigt das über eine konkrete Anlagestrategie. Die Mehrheit bevorzugt immer noch das konservative Sparen auf dem Tagesgeldkonto, Festgeldkonto oder dem klassischen Sparbuch. Renditestärkere Anlageformen, zum Beispiele Wertpapiere, spielen für viele Menschen weiterhin nur eine nachgelagerte Rolle.⁶

Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt der aktuelle „Global Wealth Report“ von Allianz Research. Deutschland besitzt zwar laut Statista nach Bruttoinlandsprodukt die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt,⁷ doch die Deutschen liegen laut besagtem Allianz-Report zugleich nur auf Platz 15 der Vermögens-Rangliste. Die Erkenntnisse der Allianz-Volkswirte besagen weiter, dass sich die privaten Geldvermögen 2023 überraschend gut entwickelt hätten. Nur gilt das eben nicht für die Westeuropäer,

allen voran für die Deutschen. Die Kaufkraft des privaten Geldvermögens soll in Deutschland sogar noch immer unter dem Niveau rangieren, das vor der Corona-Pandemie bereits einmal erreicht war. Deutsche Sparer würden schlecht im Sinne von wenig lukrativ investieren und damit zu wenig Erträge aus ihren Ersparnissen generieren. Während andernorts Privatleute viel aktiver auf Investments in Aktien, Fonds oder ETFs setzen, bevorzugen Deutsche viel zu oft immer noch das gute alte Sparbuch, Tagesgeld oder Festgeld.⁸

Ein weiteres ärgerliches Sparhemmnis könnten neben mangelnder Finanzbildung auch teure und komplizierte Besteuerungen auf Sparleistungen sein, die eigentlich der Altersvorsorge dienen. Hierzu zählt beim Aktiensparen etwa das geltende Konstrukt aus Abgeltungssteuer, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer, während die Freibeträge für Sparer gerade mit kleinen und mittleren Einkommen immer noch überschaubar bleiben. Ein einfacher Hebel wäre jedoch insbesondere die Anhebung von Freibeträgen.

Der Sparerpauschbetrag etwa, der auf alle Einkünfte aus Kapitalerträgen anfällt, wurde zwar zum Jahresbeginn 2023 zuletzt wieder auf maximal 1.000 Euro pro Person und Jahr angehoben. Doch gewiss ist da noch deutlich Luft nach oben, um die Sparer noch mehr zum Vorsorgen zu motivieren. Ohnehin erlebte der Sparerpauschbetrag, manche nennen ihn auch Sparerfreibetrag, schon mal viel bessere Zeiten. Bei seiner Einführung 1975 noch mit bescheidenen 300 DM (also rund 150 Euro) gestartet, erlebte er seine Blütezeit 2002, als er noch stolze 1.550 Euro betrug, und zwar bei einer ganz anderen Kaufkraft. Dann sank das sinnvolle Motivationsinstrument zur Vermögensbildung bis auf einen Tiefstand von 750 Euro im Jahr 2007. In den Folgejahren stieg der Sparerfreibetrag schrittweise wieder bis zu den gültigen 1.000 Euro pro Person an.⁹

Würde eine private Aktienrente von staatlicher Seite aus also offensiv beworben, attraktiv versteuert und sogar einfach und direkt auf die Rentenabzüge der staatlichen Rente angerechnet, ließen sich die Sparquote und mithin der Vermögensaufbau und die Sicherheit der Altersvorsorge der Deutschen drastisch erhöhen. Einfache Hebel wie den Sparerpauschbetrag dafür zu nutzen, bietet sich geradezu an.

Gegenmodell staatliche Aktienrente

Einen verwandten, dennoch aber grundverschiedenen Ansatz planten die Ampel-Parteien. Die Rede ist vom Entwurf des „Rentenniveaustabilisierungs- und Generationenkapitalgesetz“ der vorherigen Bundesregierung. Dabei handelte es sich teilweise ebenfalls um eine Aktienrente, allerdings eine rein staatliche Form davon. Die zu gründende Stiftung mit der Bezeichnung „Generationenkapital“ bedeutete nichts anderes als den institutionellen Einstieg des Staates in eine teilweise Kapitaldeckung zur Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die Idee der staatlichen Aktienrente stammt ursprünglich aus Skandinavien. Seit 1998 gibt es etwa in Schweden die sogenannten Capital Funds. In diese Vorsorgefonds, von denen der halbstaatliche AP-7-Fonds der größte seiner Art ist, zahlen schwedische Arbeitnehmer 2,5 Prozent ihres Bruttolohns ein und profitieren letztlich von einer höheren, weil renditebasierten Rentenauszahlung. Ebenso setzt Norwegen auf einen Staatsfonds als Ergänzung zur umlagefinanzierten Rente. Beide Staatsfonds punkten mit einer überzeugenden Rendite zum Nutzen ihrer Versicherten. Der schwedische AP7-Fonds erzielte 2023 eine Gesamtrendite von stolzen 18,4 Prozent.¹⁰ Der weltweit größte Pensionsfonds der Welt, der norwegische Staatsfonds, verbuchte jüngst im ersten Halbjahr 2024 ebenfalls einmal mehr eine beachtliche Rendite von 8,6 Prozent.¹¹ Beide Fonds glänzen zudem durch sehr niedrige Verwaltungsgebühren im Marktvergleich.

Das Prinzip der staatlichen Aktienrente kann dem der privaten Aktienrente ähneln, muss es aber nicht. Laut damaligen Plänen der FDP sollte das Projekt folgendermaßen in Deutschland funktionieren: Zwei Prozent des Bruttomonatslohns der Arbeitnehmer, die bislang in die gesetzliche Rentenversicherung fließen, gehen dann an einen vom Staat aufgelegten und verwalteten Aktienfonds. Arbeitgeber und Angestellte zahlen also jeweils ein Prozent ein. Für alle Seiten entstehen keine höheren Abgabelasten. Der deutsche Staat mit einer noch zu benennenden oder gegebenenfalls neu zu gründenden Behörde verwaltet diesen Aktienfonds und kümmert sich um die Renditeoptimierung sowie Einlagensicherung. Aus den Erträgen des sogenannten „Generationenkapitals“ sollen dann auf lange Sicht mehr Gelder für die gesetzliche Rentenversicherung generiert werden, was deren Finanzierungsbasis erweitert. So lautete die FDP-Aktienrente in Kurzform.¹²

Anders als in Skandinavien und auch anders als von der FDP angestrebt, sollte die deutsche Aktienrente laut Plänen der Ampel-Regierung nun aber gerade nicht durch private Gelder der Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanziert werden. Stattdessen sollten die Investitionen laut Kabinettsentwurf aus der Staatskasse fließen. Öffentliche Darlehen und Vermögenswerte des Bundes sind damit gemeint. Geblieben war eigentlich nur der Ansatz, dass das Stiftungsvermögen des „Generationenkapitals“ renditeorientiert und global diversifiziert am Kapitalmarkt angelegt werden soll.

Auch der Umfang erschien mit zunächst zwölf Milliarden Euro im Jahr 2024 – wobei die Zuführungen aus dem Bundeshaushalt in den kommenden Jahren jährlich um drei Prozent steigen sollten, bis Mitte der 2030er-Jahre insgesamt circa 200 Milliarden Euro angesammelt sind – relativ gering. Ab Mitte der 2030er-Jahre sollten dann nach den Plänen der Ampel-Bundesregierung zehn Milliarden Euro Einnahmen pro Jahr zurück in den solidarischen Rententopf fließen.¹³ Die Entlastungszuschüsse zur Rentenversicherung dürften damit nur marginal ausfallen, wenige Zehntelpunkte standen im Raum. Ob dieser schuldenfinanzierte „Aktiensozialismus“ die deutsche Rente zukunftssicher gemacht hätte, bleibt doch sehr fraglich. Und es gilt ganz allgemein: Der Staat sollte sich nicht verschulden, um Wertpapiere zu kaufen. Was jedem Privatmann bei den Banken nicht gelingen dürfte, kann und darf auch kein Modell für den Staat sein.

Die ursprüngliche Motivation dahinter, die Kosten der umlagefinanzierten Rente abzumildern und am weltweiten Wirtschaftswachstum partizipieren zu lassen, ist grundsätzlich eine taugliche Idee. Einige generelle Vorteile der staatlichen Aktienrente ähneln dabei denen der privaten Version. Die Renditechancen sind langfristig höher als bei jeder fest verzinslichen Anlage. Die Rentenentwicklung nimmt damit an der globalen Wertsteigerung teil. Auch die staatliche Aktienrente böte einen gewissen Schutz gegen Inflation. Das Risiko von Fehlentwicklungen sinkt durch Diversifizierung.

Zusammenfassung

Die Zukunft der gesetzlichen Rente und die Vermögensbildung bleiben große sozialpolitische Herausforderungen in Deutschland. Mit dem Renteneintritt geburtenstarker Jahrgänge verlangt besonders die demografische Entwicklung nach politischen Antworten. Die Situation wird dadurch verschärft, dass Deutschland sein wirtschaftliches Potenzial nicht abrufen und in den vergangenen Jahren praktisch gar kein wirtschaftliches Wachstum zu verzeichnen hatte. Ohne Zunahme der Produktivität und damit Wachstum wird es auch zunehmend schwieriger, die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren. Es wäre daher eine diskussionswürdige Überlegung, die wachsende Ertragskraft der Weltwirtschaft etwas stärker zur Absicherung der umlagefinanzierten Rente zu nutzen.

Viele Selbständige mit kleinen Gewerben haben keine auskömmliche Rente. Das gleiche gilt für Menschen mit geringen bis kleinen Einkommen. Das Thema Vermögensbildung für die breite Mitte der Gesellschaft muss stärker in den Fokus rücken. Dem Staat bieten sich hier viele bislang nicht genutzte Möglichkeiten. Es beginnt mit der steuerlichen Belastung bei der Vermögensbildung, die aktuell zu hoch ausfällt. Wenn der Staat den Menschen wieder mehr Eigenverantwortung lässt, dann sollte er sie auch bei ihrer eigenen Vorsorge stärker unterstützen. Nicht so sehr im Sinne von Zuschüssen, sondern individuell bei der steuerlichen Belastung. Das würde am meisten helfen und wäre auch ein echter Beitrag im Sinne eines subsidiär geprägten Staatsverständnisses.



Dr. Volker Ullrich

war von 2013 bis 2025 Mitglied des Deutschen Bundestags. Er war rechtspolitischer Sprecher der CSU und Fachsprecher für Verbraucherschutz der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Zudem setzt sich der promovierte Jurist und diplomierte Kaufmann als Vorsitzender der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft (CSA) aktiv und mit Augenmaß für Arbeitnehmerinteressen ein. Gewinner des Bundestagswahlkreises Augsburg und Präsidiumsmitglied der CSU.

Anmerkungen:

- 1 ARD Tagesschau: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/riester-rente-kosten-altersvorsorge-100.html>, Stand: 25.9.2024.
- 2 Vgl. Münchener Merkur, Deutsche Bundesbank: <https://www.merkur.de/leben/geld/verteilung-hoehere-geld-deutschland-vermoegenschichten-zr-92664549.html>, Stand: 2.10.2024.
- 3 Wissenschaftlicher Dienst Deutscher Bundestag: <https://www.bundestag.de/resource/blob/658218/b9f1b7268ab90163f5170c9b13e4704a/WD-6-102-19-pdf-data.pdf>, Stand: 25.9.2024.
- 4 Statistisches Bundesamt: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/08/PD24_325_811.html, Stand: 25.9.2024.
- 5 Statistisches Bundesamt: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/bip-einkommensverteilung.html>, Stand: 25.9.2024.
- 6 Vgl. Commerzbank „Anlagestudie 2024“: <https://www.commerzbank.de/konzern/newsroom/pressemitteilungen/deutschessparundanlage-verhalten.html>, Stand: 25.9.2024.
- 7 Statista: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157841/umfrage/ranking-der-20-laender-mit-dem-groessten-bruttoinlandsprodukt/>, Stand: 25.9.2024.
- 8 Vgl. „Global Wealth Report“ von Allianz Research: https://www.allianz.com/content/dam/onemarketing/azcom/Allianz_com/economic-research/publications/allianz-global-wealth-report/2024/2024-09-24-Allianz-Global-Wealth-Report.pdf, Stand: 25.9.2024.
- 9 Vgl. Sparerfreibetrag: <https://www.tagesgeldvergleich.net/tagesgeld-lexikon/sparerfreibetrag.html>, Stand: 2.10.2024.
- 10 Das Parlament: <https://www.das-parlament.de/aussen/europa/schweden-setzt-bei-der-rente-auf-eine-eigene-mischung>, Stand: 27.9.2024.
- 11 Frankfurter Allgemeine Zeitung: <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/finanzmarkt/norwegischer-staatsfonds-erwirtschaftet-125-milliarden-euro-im-ersten-halbjahr-19919295.html>, Stand: 27.9.2024.
- 12 Vgl. FDP-Aktienrente: <https://www.fdp.de/sites/default/files/import/2021-03/105881-aktienrente-onepager-neu.pdf>, Stand: 25.9.2024.
- 13 Vgl. Gesetzentwurf des Ampel-Kabinetts: https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetze/Regierungsentwuerfe/reg-stabilisierung-rentenniveau-generationenkapital.pdf?__blob=publicationFile&v=1, Stand: 25.9.2024.